Nr. 26 XXVIII. Jahrgang — Mittwoch, 28. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19528, 19636, 19697, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 4.—, Reklamezeile, 82 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 8.—. Bei Sätzen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 4.75, vierteljährlich M. 6.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Zeitungsliste in den Postämtern. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Das Attentat auf den Reichsfinanzminister

Die deutsche Republik steckt noch mitten in den Kinderkrankheiten junger Staatengebilde mit allen ihren Symptomen, die entstehen aus der Ueberspannung der politischen Forderungen und dem schrankenlosen Streben nach Macht durch die emporgekommenen Bevölkerungsschichten und aus der schärfsten Bekämpfung der revolutionären Errungenschaften durch die entthronten Vertreter der alten Gewalten. Daß der Widerstreit der alten und neuen Staatsauffassung immer noch aufs heftigste unsern Volkskörper durchbebt, ist an und für sich nicht erstaunlich. Ein so schwerfällig empfindendes und langsam denkendes Volk, wie das deutsche, wendet sich eben nur sehr ungern von Ueberliefertem ab dem Neuen zu. Und da der Umsturz nicht viel länger als ein Jahr erst hinter uns liegt, dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir uns immer wieder mitten in den Kämpfen sehen, die durch die Revolution eigentlich im Prinzip schon zur Entscheidung gebracht wurden. Beklagenswert aber und für die politische Unreife des Volkes bezeichnend ist, daß der Kampf der Ideen immer wieder ausartet zu einem Kampf gegen einzelne Persönlichkeiten und nicht gerade immer gegen die, die man als die berufenen Träger der neuen Gedanken bezeichnen kann.

Zweifellos handelt es sich auch bei dem Attentat auf Erzberger um einen — vielleicht nicht einmal bewußten — Versuch, das neue System in dem Finanzminister zu treffen, nicht aber den Menschen oder den Gegner in den Prozeßverhandlungen, aus denen Erzberger gerade kam. In dem Prozeß handelt es sich zunächst nur darum, festzustellen, ob der Staatssekretär a. D. Helfferich den Finanzminister verleumdet hat oder ob tatsächlich Erzberger seine Eigenschaft als politischer Vertrauensmann und später als Beamter mißbraucht hat, um sich privatwirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Dieser nackte Tatbestand ist kein Grund zu einem Attentat. Der Attentäter selbst bringt ihn auch nur nebenbei als Motiv vor. Aber die rein juristische Grundlage dieses Prozesses ist nur ein Prozeßvorwand, sein eigentlicher Zweck ist gar nicht, festzustellen, ob Herr Erzberger ein Ehrenmann ist oder ein Schieber, sondern der unbestrittene Zweck des Prozesses ist der, einen politischen Gegner von der Stelle zu entfernen, an der er den bekämpften Ideen Einfluß und Geltung verschaffen kann. Aus dieser Tatsache ergibt sich selber, daß auch das Vorgehen des eigentlichen Klägers in diesem Prozeß, des Staatssekretärs a. D. Helfferich, allen denen nicht einwandfrei erscheint, die nicht zu seiner Parteifahne schwören.

Gewiß gibt es im ganzen Deutschen Reich heute niemanden, den nicht, gelinde gesagt, ein Mißbehagen ergreift bei dem Gedanken, daß solche Anschuldigungen eines Ministers überhaupt möglich sind, daß sie nicht von vornherein für grobe Verleumdungen erklärt werden können, sondern daß sie in weiten Kreisen des Volkes unbewiesen Glauben finden. Hier liegt ein schwerer Mangel in der Persönlichkeit des Ministers vor, dem so offenkundig das Vertrauen in Dingen versagt wird, in denen jeder unbescholtene Bürger Vertrauen verlangen darf, und darin ist auch der gewichtigste Grund zu finden, der Helfferich die Berechtigung zu seinem sonst wenig taktvollen Vorgehen gibt. Daß das Mißbehagen an diesem Prozeß durch das Benehmen des Ministers in den wenigen Verhandlungstagen nicht gerade gemildert worden ist, sei nur nebenbei erwähnt. Es ist möglich, daß der sonst so Redegewandte und Angriffslustige indisponiert war oder daß er aus taktischen Gründen zurückhielt, um zu gelegenerer Zeit von der Verteidigung zum Angriff überzugehen; Tatsache ist, daß er über Erwarten kleinlaut war. Jedoch, man wird auf jeden Fall gut tun, mit seinem Urteil zurückzuhalten, da es unmöglich ist, in einem Prozeß, für den von vornherein wochenlange Verhandlungen vorgesehen waren, nach wenigen Tagen irgend etwas Zutreffendes über den Ausgang vorauszusagen. Man wird sich nun besonders vor einem voreiligen Urteil hüten müssen, nachdem dieser Mordanschlag aufs neue gezeigt hat, wie verderblich in unseren erregten und immer noch zügellosen Tagen die tendenziöse Ausschlachtung politischer Geschehnisse wirken kann.

Es steht selbstverständlich fest, daß niemand, auch die Verfasser nicht, den triumphierenden Hetzartikeln in den reaktionären Blättern, die zu dem angeblichen Sieg Helfferichs über Erzberger in der Prozeßverhandlung erschienen, einen so blutigen Erfolg wünschte. Aber mit der Regierung kann man die Behauptung aufstellen, daß ein wesentlicher Teil der Schuld an diesem Attentat der seit Monaten betriebenen, alles Maß übersteigenden Hetze gegen den Finanzminister zugeschrieben werden muß. Auf jeden anständig denkenden Menschen mußte diese Agitation in ihrer Hemmungslosigkeit abstoßend und ekelerregend wirken, in dem urteilslosen, unreifen Kopf des Fähnrichs aber, der nicht imstande war, zwischen Tatsachen und reiner parteipolitischer Mache zu unterscheiden, der jedes Wort für bare Münze nahm, löste sie den Gedanken aus, Erzberger ist ein Schädling an unserem Volkskörper, durch dessen Beseitigung er dem Vaterland einen Dienst erweisen und für sich selbst unsterblichen Ruhm ernten könne.

Sicherlich hat bei der unheilvollen Verwirrung dieses Kopfes auch der kürzlich beendigte Prozeß gegen den Grafen Arco Valley mitgewirkt. Das Bild des Freiheitshelden, der kühn und trotzig vor dem Gericht sich zu seiner Tat bekannte und offen begnadigt und unverhohlen als Held gefeiert wurde, stand als leuchtendes Vorbild zweifellos vor diesem Fähnrich. Nun wollte er gleichen. Hiermit haben die recht bekommen, die dem Mörder Eisners für seine Haltung vor Gericht ihr menschliches Mitgefühl und eine gewisse Hochachtung nicht versagten, aber trotzdem zu einer Verurteilung des Begnadigungsaktes aus taktischen Gründen kamen. Durch diese Begnadigung wurde der Links-Agitationsstoff geliefert und in verstiegenen Anhängern der rechtsstehenden Opposition das gefährliche Glaube an das politische Heldentum geschärft. — Die Milde der Regierung gegen den Grafen Arco wurde allzu rasch mit Undank aus denselben Kreisen, zu denen dieser Fanatiker sich zählte, gelohnt.

Wir wollen aber keineswegs hier einer Verschärfung der Regierungsmaßnahmen gegen die Opposition das Wort reden. Auch damit wäre nichts erreicht, denn jeder Druck erzeugt Gegendruck, jeder Härte von der einen Seite wird mit Härte von der andern erwidert. — Auch in diesen innerpolitischen Fragen kann eine Besserung nur durch eine Verständigung der Parteien erzielt werden, wie wir sie im Leben der Völker erstreben. Nur wenn wir auf allen Seiten uns bemühen, im Gegner den Menschen zu sehen, der das Gute will, wenn er auch andere Ideen vertritt, können wir aus dieser mordvergifteten Atmosphäre herauskommen. Nur wenn wir wieder uns zu der Selbsterkenntnis durchringen: „Wir sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhms", ist eine innere Gesundung möglich. Ein wenig von Erzberger hat heute in der Zeit der allgemeinen Gesetzesübertretung jeder — nur keine heuchlerische Selbstgerechtigkeit — und auch Erzberger, dessen größter Fehler eigentlich nur der ist, daß kein andrer da ist, zu dem man uneingeschränktes Zutrauen haben kann, hat seine anerkennenswerten Eigenschaften, und wenn es nur die wäre, daß er mit unerschütterlicher Energie seit Monaten ein Amt verwaltet, das ihn wie kein andres in dauernder Lebensgefahr hält.

*

Ein Aufruf der Reichsregierung

WTB. Berlin, 26. Januar. Die Reichsregierung hat anläßlich des Mordanschlags auf den Reichsfinanzminister Erzberger einen Aufruf folgenden Inhalts erlassen.

„Auf den Reichsfinanzminister Erzberger ist beim Verlassen des Moabiter Gerichtsgebäudes ein Mordanschlag verübt worden. Ein Schuß hat ihn verwundet. Die Gefährlichkeit der Verletzung ist noch nicht zu übersehen. Die Reichsregierung steht erschüttert und in tiefster Empörung vor dieser verbrecherischen Ausschreitung des politischen Kampfes, der eines ihrer Mitglieder mitten in der Durchführung der ihm anvertrauten schwierigsten Aufgabe beinahe zum Opfer gefallen wäre. Sie hängt den Attentäter an die Rockschöße keiner Partei. Sie stellt aber vor aller Welt fest, daß die blutige Tat unmöglich gewesen wäre ohne die sinnlose und verantwortungslose Hetze, die seit einigen Monaten und in den letzten Tagen erst recht gegen den Reichsfinanzminister getrieben worden ist. Sie sieht es als das größte Unglück unsres Volkes an, daß die schwerste Schicksalsprüfung Deutschland in einer gelähmten Verfassung trifft, aus der heraus solche Schandtaten erwachsen können. Sie hat die einzige Hoffnung, daß die Schüsse in Moabit eine allgemeine Aufrüttelung bewirken möchten, damit den besinnungslosen Hetzern, in welchem Lager sie stehen mögen, klar werde, vor welchem Abgrunde wir alle stehen. Die Reichsregierung wird nicht nur ihre Mitglieder, sondern jeden Volksgenossen gegen Gewalttaten und vor Vergewaltigung schützen. Sie ruft unter dem Eindruck des vergossenen Blutes alle Deutschen auf, mit ihr diesen Schutz zu übernehmen vor Verbrechen gegen den einzelnen und das ganze Volk.

Berlin, 26. Januar 1920.

Die Reichsregierung

Bauer, Schiffer, Bell, David, Geßler, Giesberts, Koch, Müller, Noske, Schlicke, Schmidt."

*

Die Tat

Als am Montag nachmittags gegen ½4 Uhr der Reichsfinanzminister Erzberger nach Schluß der Sitzung in seinem Prozeß gegen Helfferich das Kriminalgebäude in Moabit verließ, wurde ein Revolverattentat auf Erzberger verübt. Wie gemeldet wird, hatte Erzberger in Begleitung des Rechtsanwalts Dr. Friedländer das Gebäude durch den Ausgang an der Rathenower Straße verlassen und war mit seinem Begleiter zu dem an der Straße haltenden Kraftwagen gegangen. Bevor Erzberger einstieg, unterhielt er sich noch mit dem Rechtsanwalt, als plötzlich ein junger, gutgekleideter Mann an die beiden herantrat und einen Schuß abfeuerte. Friedländer drehte sich um und sprang auf den Attentäter zu. In demselben Augenblick feuerte dieser einen zweiten Schuß auf Erzberger ab. Erzberger fiel darauf, wie Zeugen gesehen haben, in seinen Kraftwagen hinein, und der Chauffeur fuhr davon. Der Täter wurde von Sicherheitsbeamten festgenommen und auf der Wache als der am 24. November 1899 zu Berlin geborene frühere Fähnrich und jetzige Schüler Oltwig v. Hirschfeld, der in Steglitz im Hause Fregestraße 48 bei seinen Eltern wohnt, festgestellt. Sein Vater ist Bankbeamter.

Amtlich wird über das Attentat noch folgendes gemeldet: Als Erzberger bereits den Wagen bestiegen hatte, drängte sich ein junger Mensch an den Wagen heran, fragte, ob der Minister Erzberger im Wagen sei, und gab auf die bejahende Antwort mehrere Schüsse auf ihn ab. Ein Geschoß prallte an der Uhrkette des Ministers ab, durch den zweiten von außen her durch die Wagenscheibe abgegebenen Schuß wurde der Minister in der Gegend der rechten Schulter verletzt. Dem sofort angreifenden Polizeibeamten gelang es, den Attentäter festzunehmen. Der 20jährige junge Mensch, der den Eindruck eines Sechzehnjährigen macht, gibt an, er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß Erzberger ein Schädling sei und beseitigt werden müsse. Diese Ueberzeugung habe sich durch das Anhören der gestrigen Gerichtsverhandlung in ihm gestärkt, und er sei deshalb zur Ausführung der Tat geschritten. Er stellt ausdrücklich in Abrede, den Plan des Attentats auf Erzberger mit irgend jemand besprochen oder unter der Einwirkung andrer gehandelt zu haben.

Diese amtlichen Meldungen werden durch folgende eigenen Meldungen ergänzt: Erzberger hatte sich wie gewöhnlich am Schluß der Verhandlung noch einige Minuten im Gerichtssaale aufgehalten und mit seinen Rechtsbeiständen gesprochen. Er schien guter Laune und ging plaudernd zu seiner Garderobe. Ein Zusammentreffen der beiden Prozeßgegner wird geflissentlich vermieden, und wie an den früheren Tagen verließ auch diesmal Helfferich das Gebäude durch das Hauptportal, wo seine Droschke auf ihn wartete, während Erzberger sein schwarzlackiertes Automobil an der Fassade der Rathenower Straße bestieg. Er hatte den Wagen kaum betreten, als mehrere Detonationen ertönten. Etwa 100 Personen, die sich um den Wagen geschart hatten, verhinderten einen Moment dessen Ausfahrt. Der Chauffeur drängte das Automobil langsam durch die Menge hindurch und schlug ein beschleunigtes Tempo an. Einige Hilferufe veranlaßten einen Beamten der Sicherheitswehr dem Wagenführer ein Halt zuzurufen. Dieser rief dem Polizeibeamten einige Worte zu, daß er zum Arzt fahren müsse, und raste dann davon. Erzberger lehnte in der rechten Ecke des Wagens mit verfärbtem Gesicht, aber mit offenen Augen. — Die Schüsse sind aus einem Trommelrevolver älteren Systems von mittlerem Kaliber abgegeben. Der erste hinterließ ein kleines Loch in der Scheibe des Automobilfensters. Dann sprang der Attentäter nach rechts an die Tür heran und feuerte den zweiten Schuß ab. Im nächsten Augenblick lag er, von Friedländer und dem Chauffeur zurückgerissen, am Boden, von der Menge verprügelt. Der aufregende Vorfall nahm nur wenige Sekunden in Anspruch. Der Täter wurde vorläufig im Kriminalgericht in Gewahrsam gebracht. Dort erfolgte gegen 4 Uhr nachmittags die erste Vernehmung durch Vertreter der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft.

*

Das Befinden Erzbergers

Erzberger hat sich nach dem Attentat sofort zu einem Arzt begeben, der eine genaue Untersuchung der Wunde und eine Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen vornahm, die ergab, daß die Kugel in der rechten Schulter steckt. Ueber den Zustand des Reichsfinanzministers liegen heute folgende Meldungen vor:

* Berlin, 27. Januar. Der verwundete Reichsfinanzminister wurde in der Wohnung des Professors Plesch sofort untersucht. Es wurde festgestellt, daß die Kugel in der rechten Schulter sitzt. Das zweite Geschoß, das an der Uhrkette abgeprallt war, wurde in der Kleidung vorgefunden. Ueber das Befinden des Verletzten äußert sich der Arzt, daß vorläufig zu ernsten Bedenken kein Anlaß vorliegt. Der Blutverlust infolge der Verwundung ist verhältnismäßig gering gewesen, doch machte sich bei dem Minister infolge der Aufregung erhebliche Schwäche bemerkbar. Gegen 9 Uhr abends wurde Erzberger in seine Wohnung gebracht. Heute soll eine Röntgen-Aufnahme hergestellt werden, um die genaue Lage der Kugel festzustellen und sie zu entfernen. Nach dem bisherigen Befund dürfte die Lunge nicht verletzt sein, doch sind Komplikationen immerhin möglich.

Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute früh war das Befinden Erzbergers relativ gut. Der Puls ist jedoch sehr hoch. Erzberger muß sich mehrere Wochen lang äußerste Schonung auferlegen.

Der „Germania" zufolge äußerte Erzberger nach dem Attentat: „Wenn mein Kriminalwachtmeister bei mir gewesen wäre, wäre dies nicht passiert." Der Reichsfinanzminister hat noch gestern abend den Unterstaatssekretär Mösle mit seiner Vertretung beauftragt. Die Rechtsvertreter Erzbergers wollen alles tun, um den Prozeß gegen Helfferich fortzuführen. Man wird heute versuchen, ohne den Nebenkläger zu verhandeln.

*

Der Reichspräsident sowohl wie die Mitglieder des Reichskabinetts haben dem Reichsfinanzminister ihre Entrüstung über das Attentat zum Ausdruck gebracht. Der englische und der italienische Geschäftsträger in Berlin haben sich nach dem Befinden Erzbergers erkundigt.

*

Die Folgen des Attentats

Berlin, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Seit heute früh sind in Berlin umfangreiche Sicherungsmaßnahmen wahrzunehmen, als ob Berlin wieder einmal vor Unruhen stände. Der Teil der Wilhelmstraße, wo die Ministerien liegen, zwischen Wilhelmstraße und den Linden und alle Zugänge zur Wilhelmstraße, Voßstraße usw. sind durch Drahtverhaue abgesperrt. Der schmale Fußweg, der freigelassen ist, wird von je fünf Sicherheitspolizisten bewacht, die mit Handgranaten, Gewehren, Bajonetten und Stahlhelmen ausgerüstet sind und aufs schärfste die Legitimationen der Leute prüfen, die in einer der abgesperrten Straßen zu tun haben. Die Sicherheitswehr und die Reichswehr stehen in den Kasernen in Alarmbereitschaft.

\+ Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie Oberstaatsanwalt Krause heute im Gericht mitteilte, ist der Attentäter gestern ohne Karte und mit der Waffe in der Hand im Gerichtssaal anwesend gewesen. Infolgedessen werden künftig, sobald Erzberger wieder erscheint, im Gerichtsgebäude erhöhte Sicherheitsmaßnahmen getroffen und sämtliche Personen, die zu den Verhandlungen Zutritt erhalten, auf Waffen untersucht werden. Im Flurraum des Kriminalgerichts befand sich heute vormittag etwa eine Kompanie Sicherheitswehr.

*

Unterbrechung des Prozesses

Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Prozeß Erzberger-Helfferich wurde heute fortgesetzt. Man will den Versuch machen, formal zu verhandeln und dann die Verhandlung einige Tage vertagen. Nach den dem Gerichtspräsidenten vorliegenden Erklärungen besteht Aussicht, daß Reichsfinanzminister Erzberger dann wenigstens auf kurze Zeit der Verhandlung beiwohnen kann.

Die Heimkehr der Gefangenen

× Paris, 27. Januar. (Havas.) Die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen vollzieht sich planmäßig. In St.-Nazaire sind zwei Schiffe angekommen, um die Kriegsgefangenen aufzunehmen. In St.-Malo soll am 30. Januar ein Dampfer zur Aufnahme von 600 Gefangenen ankommen. 30 000 in den befreiten Gebieten internierte Gefangene sind bereits abtransportiert worden. Am 25. Januar haben ungefähr 800 Offiziere den Bahnhof St.-Just mit der Bestimmung nach Worms verlassen.

Die Lage der Deutschen im Südslawenstaat

Der Versailler Vernichtungsfriede hat dem deutschen Volke im Westen und Osten, im Süden und Norden tiefe Wunden geschlagen und vor allem die Deutschen Oesterreichs, die schon unter der habsburgischen Herrschaft ihren völkischen Besitzstand an der langgestreckten Sprachgrenze und in den vielen Sprachinseln mit großem Kräfteaufwand verteidigen mußten, auf das härteste getroffen. Unter den den neuerrichteten Nationalstaaten preisgegebenen Deutschen dürften sich jene, die dem Südslawenstaat angeschlagen wurden, in der schwierigsten Lage befinden. Wenn sie auch der Zahl nach gegenüber den viereinhalb Millionen Deutschen der Sudetenländer fast verschwinden, so ist doch der Verlust des von ihnen bewohnten Landes nicht weniger schmerzlich als die Wegnahme so vieler andrer deutscher Gebiete. Das in Betracht kommende Gebiet zwischen der Drau und dem Adriatischen Meere umfaßt etwa 20 000 Quadratkilometer und zählt unter 1 200 000 Slowenen rund 150 000 Deutsche, die in größeren und kleineren Sprachinseln zerstreut wohnen und den slawischen Nachbarn wirtschaftlich als Industrielle, Kaufleute und Großgrundbesitzer bisher weit überlegen waren.

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat die Verwirklichung dieser Bestrebungen, die ursprünglich der breiten Masse der slowenischen Bevölkerung fremd und unverständlich waren, viel schneller herbeigeführt, als es jene Kreise selbst erwartet haben. Die panslawistische Wühlarbeit hat die Slowenen völlig vergessen lassen, daß sie nur mit den Deutschen vereint imstande sind, die italienischen Ansprüche auf ihr Volksgebiet abzuwehren. Ihre während des Krieges ins Ausland geflüchteten Führer waren daher verblendet genug, mit den Italienern ein unnatürliches Bündnis einzugehen. Im Sinne dieses Bündnisses haben die Südslawen unter ihren in Norditalien kämpfenden Regimentern den Aufruhr vorbereitet und damit den Zusammenbruch der italienischen Front wesentlich beschleunigt. Die Strafe dafür ist nicht ausgeblieben, denn der italienische Bundesgenosse hat zum Danke für die Dienste, die ihm die Südslawen in den Monaten, die der italienischen Niederlage an der Piave folgten, geleistet hatten, weite Strecken slawischen Landes mit den beiden von den Slowenen in Anspruch genommenen Städten Triest und Görz besetzt und ist im Begriffe, auch Fiume, den natürlichen Hafen Kroatiens, einzustecken.

Die Slowenen, die ein den Kroaten verwandter Volksstamm sind, lebten mit den Deutschen, die unter ihnen angesiedelt waren, und mit jenen der angrenzenden Alpenländer Steiermark und Kärnten seit über tausend Jahren in engster politischer und kultureller Gemeinschaft. Sie wurden von deutschen Sendboten dem Christentum gewonnen und verdankten den Deutschen alle Errungenschaften des deutschen Geistes. Sie sind daher unter den slawischen Völkern, von den Tschechen abgesehen, am meisten von deutscher Kultur durchdrungen. Von uneigennützigen deutschen Idealisten und von der früheren österreichischen Regierung gefördert, haben die Slowenen in den letzten 50 Jahren ihre kümmerliche Mundart so weit ausgebildet, daß sie für den Amtsgebrauch der Behörden und für schriftstellerische Betätigung tauglich wurde. Dies und der Umstand, daß die neuslowenische Schriftsprache mit der serbo-kroatischen Sprache manche natürliche und manche künstlich bewirkte Uebereinstimmung zeigt, hat nicht wenig dazu beigetragen, daß seit der Jahrhundertwende eine immer größer werdende Gruppe von slowenischen Politikern und Intellektuellen eine Richtung einschlug, die die völlige Abkehr vom Deutschtum und den Anschluß an die Kroaten und Serben zum Ziele hatte.

In dem ihnen von den Italienern belassenen Teile von Krain, in Untersteiermark und in dem den Deutschen entrissenen Teile von Kärnten, das ist in einem Gebiete, das kaum 900 000 Einwohner zählt, haben die Slowenen im Einvernehmen mit der Belgrader Regierung eine eigene Provinzialregierung eingesetzt, die es als ihre oberste Aufgabe betrachtet, die ihr ausgelieferten Deutschen mit allen Mitteln auszurotten. Der Kampf gegen die Deutschen begann unmittelbar nach dem Amtsantritt der neuen Landesregierung für Slowenien; er richtete sich vor allem gegen die ausgesprochenen Träger deutscher Kultur, das deutsche Schulwesen und die deutschen Vereine. Alle deutschen Privatvolksschulen, die die Deutschen in Krain und Untersteiermark mit der größten Opferwilligkeit begründet hatten, wurden gesperrt und die deutschen Schulkinder zumeist in slowenische Schulen eingeschult. Nur in einigen größeren Städten wurden an Stelle der geschlossenen Privatschulen öffentliche Minderheitsschulen errichtet, an denen slowenische Lehrer wirken, die bestrebt sind, die ihnen anvertrauten deutschen Kinder für die slowenische Sache zu gewinnen, worunter naturgemäß der Unterrichtserfolg leidet. Die dem deutschen Schulverein in Wien gehörenden Schulgebäude wurden sequestriert und in der letzten Zeit vielfach auch liquidiert, ohne Rücksicht darauf, daß im Friedensvertrag eine Liquidierung deutschen Eigentums in den Gebieten, die früher zu Oesterreich gehörten, untersagt ist. Auch die Verfassung der öffentlichen deutschen Schulen im gemischtsprachigen Gebiet wurde geändert: sie wurden an neuerrichtete slowenische Schulen angegliedert und der deutschen Lehrkräfte beraubt. Dem gleichen Schicksal wie die Volksschulen verfielen die Bürger- und Mittelschulen. Sieben deutsche Mittelschulen wurden aufgelassen. An deren Stelle wurde in Laibach ein Realgymnasium mit deutscher Unterrichtssprache eröffnet, dessen Besuch jedoch den deutschen Mittelschülern, die außerhalb Laibachs wohnen, dadurch erschwert wird, daß die slowenischen Behörden der Schaffung von deutschen Schülerheimen alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legen.

Die im slowenischen Gebiete tätigen Sektionen des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, deren Verdienst es ist, die Südostalpen dem Touristenverkehr erschlossen zu haben, wurden aufgelöst und die ihnen gehörenden 18 Hütten von der Regierung dem Slowenischen Alpenverein um 32 000 Kronen überlassen. Auch die einheimischen deutschen Vereine wurden unterdrückt; man hat sie entweder aufgelöst oder man hat ihre Tätigkeit eingestellt und für sie eigene Aufseher bestellt, die mit ihrem Vermögen rücksichtslos und ohne jede Rechnungslegung wirtschaften. Auf diese Weise wurde den Deutschen in Laibach und Marburg das Deutsche Theater und der Kasinoverein entrissen. Besonders schmachvoll ist das Vorgehen der Slowenen gegen die deutsche Philharmonische Gesellschaft in Laibach, ein Musikinstitut, das auf eine mehr als zweihundertjährige

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200128/1